

- AKADEMIE
- gut gemacht.
- V%rteilsclub
- Aboangebote
- Tarif

Zur Kärnten-Ausgabe



Zuletzt aktualisiert: 20.02.2014 um 19:00 Uhr

## Aus für Grazer Jugend-WG: Schröck weist Kritik zurück

Die steirische Kinder- und Jugendanwaltschaft hat sich mit Experten getroffen, um eine neue "Fehlerkultur" ins Leben zu rufen. Nach dem jüngsten Missbrauchsfall stellt sich die Frage der Verantwortlichkeit. Stadträtin Schröck weist Kritik zurück.



Foto © contrastwerkstatt - Fotolia.com

Gerade nach den jüngsten sexuellen Übergriffen in öffentlichen Grazer Jugend-Wohngemeinschaften stellte sich die Frage der Verantwortlichkeit: "Ein Trägerwechsel bringt keine neue Qualität", waren sich die Spezialisten einig.

Jugendadvokatin Brigitte Pösch kritisierte, dass der Umgang mit Fehlern negativ besetzt sei und Angst mache. Das Tabu namens Fehler müsse ein Ende finden. Dramatische Fälle wie jene Übergriffe in den Jugend-Wohngemeinschaften müssten "offen und fair" untersucht werden, um daraus zu lernen, meinte etwa Soziologe Reinhart Wolff: "Oft stehlen sich staatliche Einrichtungen aus der Verantwortung und verscherbeln die Unterkünfte an private Träger, die zum Teil dann geringere Standards anbieten."

## **"Verantwortung kann man nicht auslagern"**

Georg Dimitz, Sprecher der österreichischen Sozialarbeiter, zitierte Konfuzius: "Wer einen Fehler gemacht hat und ihn nicht korrigiert, begeht einen zweiten." Er meinte, in Österreich herrsche das Motto, Fehler passieren nicht und wenn doch wird die Schuld bei Einzelpersonen gesucht, die dann bestraft werden. Diese Haltung sei aber falsch.

Häufig werden im Zusammenhang mit Fehlern mangelndes Personal und Ressourcen sowie unzureichende Kompetenzen der Fachkräfte im Fall einer Krise genannt. Gerade deshalb sei es nicht zielführend, wenn die Stadt Graz die Wohngemeinschaften - wie angekündigt - nicht mehr betreuen will: "Die Verantwortung kann man nicht auslagern und die Ressourcen sind bei den privaten Betreibern auch nicht besser", sagte Pösch.

Viel eher müsse man sich die Frage stellen, warum es nicht gelang, die Kinder zu schützen, und wo mögliche Fehler im System liegen. Dimitz ließ das Argument, dass zu wenig Geld für mehr Personal zur Verfügung stehe, "in einem der reichsten Länder der Welt" nicht zu: "Politik bedeutet Prioritäten zu setzen." Bei allem soll auch das Wohl des Kindes nicht aus den Augen gelassen werden. Hoher Schutz könne gleichzeitig auch die Freiheiten der Jugendlichen zu sehr einschränken.

Wolff zufolge müsse man vor allem bei der Zusammenarbeit der Familien mit den Hilfseinrichtungen ansetzen und da stets die Kinder einbinden: "Die werden oft zu ihrem Schutz wo anders untergebracht, ohne zu wissen, was die Kinder überhaupt davon halten." Alle, die mit den Jugendlichen zu tun haben - Eltern, Lehrer, Betreuer, Kinderarzt etc. -, sollten viel mehr gegenseitige Vorteile nutzen und miteinander reden.

## **Schröck: "Stehlen uns nicht aus der Verantwortung"**

Die Grazer Sozialstadträtin Martina Schröck (SPÖ) dementierte noch am Donnerstag, dass sich die Stadt Graz bei den Jugend-Wohngemeinschaften aus der Verantwortung stehlen wolle: "Wir haben gute Gründe für unseren Rückzug." Im übrigen sei Graz die letzte Kommune in Österreich, die derzeit noch selbst derartige vollstationäre Gemeinschaften betreue.

Ein Modell wie in Linz, das im Rahmen eines Eigenbetriebs agiert, sei für Graz wirtschaftlich nicht vertretbar, nannte Schröck nur eine der diversen Optionen. Letztlich seien diese Jugend-Wohngemeinschaften "nicht unsere Kernaufgabe", sagte die Sozialstadträtin. Nach wie vor verantwortlich sei man etwa für den Hilfsplan bedürftiger Kinder, Maßnahmen sowie die Kontrolle, jedoch nicht mehr für den Betrieb.

Schröck befürwortet die von den Experten geforderte "Fehlerkultur", wies aber Darstellungen zurück, diese selbst nicht zu praktizieren: "Nach den Vorfällen in der ersten WG im Vorjahr haben gleich mehrere Stellen die Sachlage geprüft, eine externe Evaluierung wurde in Auftrag gegeben, Maßnahmen getroffen", zählte die Stadträtin im APA-Gespräch auf. Hazissa, die Fachstelle für Prävention gegen sexualisierte Gewalt, sei seit Monaten in den Einrichtungen vor Ort, um vorzubeugen und aufzuklären.

Wesentlicher Grund für das Ende der städtischen Jugend-Wohngemeinschaften in Graz sei die Flexibilität: "Es stimmt, die Ressourcen sind bei allen gleich, aber die Stadt hat einen Rucksack mit einer langen Hierarchie mitzutragen", erklärte Schröck. Private seien flexibler. Ein einfacher Matratzenkauf einer öffentlichen Einrichtung dauere beispielsweise viel länger, weil Preise eingeholt und verglichen werden müssen usw. Ein privater Träger gehe ins Geschäft und kaufe einfach eine.